



Dienstag, 16. Juni 2026, 17:00 Uhr  
~11 Minuten Lesezeit

# Ein langsames Auslöschen

In Gaza herrscht nun statt der Hamas das Chaos. Ohne stabile Versorgung und Institutionen droht dem Küstenstreifen der gesellschaftliche Zusammenbruch.

von Annette Groth  
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Anas-Mohammed)

*Die Schlagzeilen der großen Medien sind gefüllt mit  
Meldungen über die Kriege in Ukraine, Iran und*

Libanon. Gaza ist aus dem Rampenlicht verschwunden. Deshalb zu glauben, den Menschen dort ginge es in irgendeiner Weise besser oder sogar, es sei ein allgemeiner Aufschwung in Sicht, wäre jedoch unzutreffend. Viele Menschen leben zusammengepfercht in den Flüchtlingslagern im Süden und fristen ein Dasein, geprägt von ständigen Versorgungsengpässen, einem annähernd zusammengebrochenen Gesundheitssystem und der ständigen Angst vor erneuter militärischer Eskalation. Eine derartig destabilisierte und fragmentierte Gesellschaft nimmt als soziales Gefüge enormen Schaden. Glaubt man den Einschätzungen des ehemaligen griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis oder dem israelischen Journalisten Gideon Levy, ist das mehr als gewollt, denn eine traumatisierte Bevölkerung ohne jeglichen Halt oder Perspektive schließlich zu vertreiben, dürfte ein Leichtes sein.

**„Der Tod menschlicher Empathie ist eines der frühesten und deutlichsten Zeichen einer Kultur, die im Begriff ist, in die Barbarei zu verfallen“** (Hannah Arendt).

Am 19. Mai erhielt der palästinensische Journalist Rami Abu Jamous den Nord-Süd-Preis des Europarats. Jamous war Gründer der Agentur GazaPress, die westlichen Journalisten bei Recherchen und Übersetzungen half. Im Oktober 2023 wurde Jamous von der israelischen Armee gezwungen, seine Wohnung in Gaza-Stadt zusammen mit seiner Familie zu verlassen. Sie flohen nach Rafah, dann nach Deir El-Balah und später nach Nusseirat. Seit Oktober 2025 lebt Rami mit seiner Familie wieder in Gaza-Stadt.

An der Preisverleihung in Lissabon las Portugals Präsident António José Seguro aus dem „Gaza-Tagebuch“ von Rami Abu Jamous vor. Das Schweizer Portal Infosperber dokumentiert die leicht gekürzte Dankesrede von Jamous, die er per Video aus Gaza hielt:

*„Ich spreche zu Ihnen aus Gaza. Aus diesem Land, dessen Tod die Welt live mitverfolgt. Aus diesem Freiluftgefängnis, in dem wir einen Gazacide erleben. Ja, ich sage bewusst Gazacide. Ein Völkermord bedeutet, ein Volk zu töten. Aber was wir erleben, ist nicht nur das Töten eines Volkes. Es ist das Töten der Geschichte. Es ist das Töten des Landes. Es ist das Töten von Bildung, Gesundheit, Archäologie, der Vergangenheit, ja sogar der Zukunft – und vor allem ist es das Töten der Menschlichkeit der Palästinenser.*

*Wir sind zusammengepfercht, gejagt, ausgehungert. Ich spreche zu Ihnen aus dem Maison de la Presse – einer Einrichtung, an deren Gründung ich gemeinsam mit mehreren Journalistenkollegen beteiligt war, darunter mein Freund Bilal Jaddallah, den die Besatzungsarmee leider getötet hat. Der große portugiesische Dichter Fernando Pessoa schrieb: ‚Freiheit ist die Möglichkeit, sich zurückzuziehen.‘ In Gaza wird uns sogar diese Freiheit geraubt. Wir sind zusammengepfercht, gejagt, ausgehungert – aber wir weigern uns zu schweigen. Möge dieser Preis auch ein Aufschrei sein: Der Gazacide darf nicht ungestraft bleiben“ (1).*

Am 8. Juni wurde der diesjährige Europäische Pressepreis an die investigative Reportage „Was die Wunden erzählen“ von Maud Effting und Willem Feenstra von der niederländischen Zeitung „De Volkskrant“ verliehen.

***Die beiden Journalisten dokumentieren die Fälle von 114 Kindern in Gaza unter 15 Jahren, die von einer einzigen Kugel in Kopf oder Brust getroffen wurden. Fast alle von ihnen starben oder blieben schwer behindert. „Eine einzelne Kugel in diesen Körperteilen***

**ist ein klarer Hinweis darauf, dass diese Kinder gezielt angegriffen wurden“, schreiben die Preisträger (2).**

Obwohl der European Press Prize eine der höchsten europäischen journalistischen Auszeichnungen ist, wurde über die Preisverleihung nicht berichtet, auch nicht über den Preis des Europarats, soweit bekannt.

Dadurch, dass die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf den eskalierenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine gerichtet ist, sowie auf die Bombardierung und die Zerstörung des Libanon, einhergehend mit einer massiven Vertreibung von weit über einer Million Menschen, und auf den eskalierenden Krieg zwischen Israel und dem Iran, wird über die katastrophale Situation in Gaza kaum berichtet.

„Israel intensiviert das Töten, während die Welt wegschaut“, titelt das elektronische Nachrichtenportal Dropsite News am 9. Juni. Anlass war die Tötung eines 8-jährigen Jungen, der von der provisorischen Schule nach Hause kam, sowie zweier weiterer Palästinenser (3).

Laut dem Palästinensischen Menschenrechtszentrum war der Mai 2026 der tödlichste Monat, in dem mindestens 119 Menschen von der israelischen Armee ermordet wurden, darunter 19 Kinder. In den ersten neun Tagen des Juni 2026 wurden mindestens 46 Palästinenser getötet, wie immer darunter etliche Kinder.

„Dieser 15-jährige Junge wurde von den anhaltenden Angriffen auf Gaza verletzt. Ein Splitter durchbohrte sein Herz, und innerhalb weniger Minuten starb er. Das ist die Realität in Gaza: Die Angriffe hören einfach nie auf“ (Dr. Abdel Wahab, palästinensischer Chirurg im Norden von Gaza, 7. Juni 2026, 4).

„Der Krieg ist zurückgekehrt. Jeden Tag gibt es Dutzende von

Märtyrern und Dutzende von Verwundeten. Er ist zurückgekehrt, ohne dass es angekündigt wurde. Über Gaza wird nicht berichtet“, sagte Azmi Abu Sharby, ein Palästinenser, der in Shujaiyeh, einem Stadtteil östlich von Gaza-Stadt, lebt, gegenüber Drop Site. „Es dreht sich alles um den Iran und um den Libanon, und Gaza wird jeden Tag bombardiert und jeden Tag geschlachtet“ (5).

***Das UN-Menschenrechtsbüro (OHCHR) bestätigt ebenfalls eine Zunahme israelischer Attacken in Gaza und veröffentlichte am 4. Juni einen Bericht über „wiederholte Angriffe“ und „routinemäßige gezielte Angriffe“ auf Polizeibeamte in Gaza.***

Seit Januar 2026 hat das OHCHR mindestens zwölf Angriffe auf die Polizei registriert, bei denen mehr als 53 Zivilist:innen getötet wurden, darunter 35 Polizeibeamte. Allein im Mai wurden vier Angriffe verzeichnet, bei denen zwölf Polizeibeamte ums Leben kamen. Mayy El Sheikh, Sprecherin des OHCHR in den besetzten palästinensischen Gebieten, betont, dass die „systematische gezielte Bekämpfung“ wichtiger öffentlicher Einrichtungen und Mitarbeiter:innen zu einem Zusammenbruch der zivilen und öffentlichen Ordnung geführt habe (6).

Yanis Varoufakis, griechischer Wirtschaftswissenschaftler und ehemaliger Finanzminister, Autor und Politiker, kommentiert am 2. Juni 2026 auf X (Twitter):

*„Nun, da Gaza in Trümmern liegt – zerschmettert wie ein geliebtes Gesicht nach lang andauernder Brutalität –, schreitet Israel mit schrecklicher Selbstsicherheit zum nächsten Akt über: dem Akt, jeden Menschen dort nicht nur verwundet, sondern dauerhaft handlungsunfähig zurückzulassen. Verletzt, krank, hungrig, obdachlos, ohne Arbeit, ohne Hoffnung. Das sind keine Kollateralschäden des Krieges. Das ist Absicht. Wie mein Freund Gideon Levy schreibt – und er weiß es nur zu gut –, ist dies der*

*Auftakt zur Vertreibung. Man stelle sich das vor: eine Gesellschaft ohne Lehrer\*innen, ohne Ärzt\*innen, ohne Sozialarbeiter\*innen, ohne Ingenieur\*innen, ohne Angestellte. Das ist keine Gesellschaft. Das ist ein Pferch. Ein langsames Auslöschen. Und wenn nichts mehr funktioniert – keine Schule, kein Krankenhaus, kein Büro, kein Herz –, dann wird es „einfach“, die Menschen in alle Winde zu zerstreuen. Wie Samen aus einer zerbrochenen Schote, nur dass kein Boden sie aufnehmen wird. Wir müssen das beim Namen nennen. Nicht nur mit Wut, obwohl Wut ehrlich ist. Sondern mit den kalten, klaren Tränen der Erkenntnis: Sie machen das Leben unmöglich, damit die Migration zur einzigen „Wahl“ wird. Und die Welt schaut zu, rückt ihre Brille zurecht und ruft zur Zurückhaltung auf. Zurückhaltung! Es gibt keine Zurückhaltung beim langsamen Ertrinken“ (7).*

Varoufakis bezieht sich auf einen Artikel von Gideon Levy, einem der renommiertesten israelischen Journalisten, der am 30. Mai 2026 titelte:

*„Israels Lösung für das Gaza-Problem ist bereits in vollem Gange – Die einzige Alternative zur Herrschaft der Hamas ist derzeit die Anarchie, und dieses Chaos kommt Israel zugute, um seinen Nachkriegsplan zu verwirklichen: den vollständigen sozialen Zerfall und schließlich die Vertreibung.“*

Levy fährt fort:

*„Sobald die Bevölkerung Gazas zu einer heterogenen Masse ohne organisierte Gesellschaft, ohne grundlegende Versorgung, ohne wesentliche Institutionen und natürlich ohne Führung reduziert ist, wird der vollständige Zerfall des sozialen Gefüges es Israel erleichtern, zur nächsten Phase überzugehen, die es nie aufgegeben hat: der Phase der Vertreibung. Erst dann wird das Gaza-Problem endgültig gelöst sein. Ohne eine funktionierende Gesellschaft ist es ein Leichtes, die Bewohner\*innen Gazas in alle Winde zu vertreiben“, zieht Gideon Levy das Fazit (8).*

Verteidigungsminister Israel Katz schrieb auf X:

*„Wir haben versprochen, dass die Hamas im Gazastreifen weder zivil noch militärisch herrschen wird, und so soll es auch sein. Auch der Plan zur freiwilligen Auswanderung wird umgesetzt werden, und zwar zum richtigen Zeitpunkt und auf die richtige Art und Weise“ (9).*

Einen Hinweis auf diesen Vertreibungsplan gab auch Benjamin Netanjahu und verkündete, dass der von Israel kontrollierte Teil des Gazastreifens von 60 Prozent auf 70 Prozent ausgeweitet werden wird. Das heißt, über zwei Millionen Menschen werden in ein noch kleineres Gebiet zusammengepfercht. Man kann sich leicht vorstellen, wie sich die jetzt schon katastrophale Situation der Bevölkerung weiter verschärft.

Es kommen immer weniger Hilfsgüter in den Gazastreifen. Seit dem 24. Mai ist der Grenzübergang Zikim im Norden von Gaza geschlossen. Seit dem 4. Juni ist Kerem Shalom der einzige Grenzübergang, über den von den Israelis erlaubte Waren in den Gazastreifen gelangen kann.

Am 1. Juni haben israelische Streitkräfte damit begonnen, humanitäre Konvois über eine neue Straße mit einem neuen Kontrollpunkt umzuleiten, um Kerem Shalom von innerhalb des Gazastreifens aus zu erreichen. Seitdem sind die LKWs am neuen Kontrollpunkt mit erheblichen Problemen konfrontiert – darunter Verzögerungen, Staus, technische Störungen und langsame Kontrollen. Infolgedessen konnte nur ein Teil der in Kerem Shalom gelagerten Hilfsgüter abgeholt werden, auch die Mengen an angeliefertem Treibstoff wurden reduziert.

***Im Al-Aqsa-Krankenhaus sind die Operationssäle nicht mehr funktionsfähig, nachdem Israel die Einfuhr von Treibstoff blockiert hat, der für den Betrieb benötigt wird. Andere Abteilungen stehen kurz vor der***

## **Schließung.**

Im gesamten Gazastreifen bricht der Rest des Gesundheitssystems, das schon weithin zerstört ist, nun unter der Last der Versorgungsengpässe zusammen.

Krankenhäuser melden einen 50-prozentigen Mangel an Medikamenten, einen 60-prozentigen Mangel an lebenswichtigen medizinischen Hilfsgütern sowie einen zunehmenden Mangel an Laborvorräten, die für grundlegende diagnostische Tests benötigt werden. Tausende Patienten, die an Krebs, chronischen Krankheiten und schweren Kriegsverletzungen leiden, warten auf eine medizinische Evakuierung ins Ausland, wohl wissend, dass jeder Tag Verzögerung über Leben und Tod entscheiden kann.

Ein zusätzliches großes Problem sind mangelnde finanzielle Mittel, sodass humanitäre Dienst- und Hilfsleistungen erheblich eingeschränkt sind. Alle diese Faktoren führen zu einer schlechteren Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wasser, Medikamenten, Treibstoff und dergleichen mehr. Ein großer Teil der Gazaner muss mit nur einer Mahlzeit am Tag auskommen. Insbesondere Kinder, schwangere und stillende Frauen leiden unter akuter Mangelernährung.

Hinzu kommt die ständige Präsenz von Drohnen und die Geräusche von Kampfflugzeugen, die bei vielen Menschen zu schweren psychischen Traumata führen.

Wie viele andere frage ich mich auch, was wir angesichts dieser monströsen Verbrechen tun können außer Protestbriefe zu schreiben, Mahnwachen und Demonstrationen zu organisieren?

Eine Möglichkeit ist, das europäische Bürgerbegehren zu unterschreiben, das die Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens fordert (10).

Das Assoziierungsabkommen ist für die israelische Wirtschaft von zentraler Bedeutung, da die EU Israels größter Handelspartner ist. Handel und Kooperation mit der EU bringen für Israels Rüstungsindustrie, den Technologiesektor und die Wissenschaft enorme Vorteile.

In Artikel 2 ist als zentraler Faktor die Achtung der Menschenrechte verankert, wie es auch auf der EU-Webseite steht:

*„Die Wahrung der Menschenrechte, der demokratischen Grundsätze und der Rechtsstaatlichkeit sind wesentliche Elemente des Abkommens. Die EU kann die Zusammenarbeit mit Ländern unterbrechen, wo diese Prinzipien anhaltend verletzt werden“ (11).*

Bereits im Juni 2025 stellte die Europäische Kommission fest, dass Israel gegen Artikel 2 des Abkommens verstößt, und schlug deshalb eine teilweise Aussetzung des Abkommens sowie gezielte Sanktionen gegen einzelne Mitglieder der israelischen Regierung sowie gegen gewalttätige Siedler\*innen vor. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt.

***Insbesondere Deutschland und Italien blockieren die Aussetzung des Abkommens bislang. Wenn einer der beiden Staaten zustimmt, würde dies für eine qualifizierte Mehrheit und damit für eine teilweise Aussetzung des Abkommens reichen.***

Es wäre ein wichtiges Zeichen der Kritik an der deutschen Regierungspolitik gegenüber Israel, wenn weiterhin Unterschriften gesammelt werden. Bislang gibt es über 67.000 Unterschriften in Deutschland; damit liegt das erforderliche Quorum bei 99,98 Prozent (Stand 12.6.2026). Zum Vergleich: Zwölf Länder haben das Quorum übererfüllt (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Niederlande, Polen, Portugal,

Schweden, Spanien) Luxemburg hat bislang über die Hälfte des Quorums erreicht, sechs Länder (Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) haben 20 Prozent des Quorums noch nicht erreicht (12).

Angesichts der großen weltweiten Proteste sowie einiger Ermittlungsverfahren gegen Israels Polizeiminister Itamar Ben-Gvir, der für massive Misshandlungen der Aktivisten der Global Sumud Flotilla verantwortlich sein soll, ist zu hoffen, dass zumindest Italien jetzt der Aussetzung des Assoziierungsabkommens zustimmt. Mitte Mai hat die italienische Justiz ein Ermittlungsverfahren wegen des Umgangs mit festgenommenen Gaza-Aktivisten gegen Israels Polizeiminister Itamar Ben-Gvir eingeleitet. Die Ermittlungen laufen wegen des Verdachts auf Folter und Freiheitsberaubung.

Immerhin haben am 6. Juni sechs Länder, darunter Frankreich und Großbritannien, wegen der Siedlungs- und Gewaltpolitik im Westjordanland verschiedene Sanktionen gegen Israel verhängt. Ende Mai hatte die EU-Sanktionen gegen gewalttätige israelische Siedler im Westjordanland in Kraft gesetzt.

Angesichts der monströsen Verbrechen ist es unfassbar, dass Außenminister Johann Wadephul immer noch Forderungen nach neuen Sanktionen gegen Israel zurückweist. Anlässlich der Vorstellung eines Berichts zur Gewalt gegen Palästinenser im besetzten Westjordanland forderte Amnesty International am 10. Juni die Bundesregierung zu Maßnahmen gegen Israel auf, da die israelische Regierung eine „Kampagne ethnischer Säuberung“ auf dem palästinensischen Territorium betreibt.

Bei einer Pressekonferenz mit seiner ungarischen Amtskollegin Anita Orbán wies Wadephul diese Forderung zurück: „Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Bundesregierung der Auffassung, dass unsere Stimme in Israel gehört wird und dass andere Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt nicht geboten sind.“ „Die Bundesregierung habe

gegenüber Israel deutlich gemacht, dass die „illegale Siedlungspolitik“ im Westjordanland nicht fortgesetzt werden solle“, ließ er verlautbaren (13).

Wenn Wadephul glaubt, dass Netanjahu und Ben-Gvir auf ihn hören, wird er wohl der Einzige sein.

Wäre interessant zu wissen, was der Außenminister zu den warnenden Worten von Rabih Rowell, einem libanesischen Künstler und Designer, sagt:

*„Es ist äußerst gefährlich, wenn ein Staat zu begreifen beginnt, dass niemand ihn aufhalten wird. Denn sobald Macht ohne Konsequenzen ausgeübt wird, hört Gewalt auf, sich wie Politik zu verhalten, und wird zur Identität. Die Geschichte hat der Menschheit bereits gezeigt, wohin das führt. Jedes Reich, das von seinem eigenen Ausnahmestatus überzeugt ist, gelangt letztendlich an denselben Punkt: den moralischen Zusammenbruch“ (14).*

---



**Annette Groth**, Jahrgang 1954, arbeitete als Entwicklungssoziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin eines europäischen Migrationsforschungsprojektes, Ökumene-Referentin bei der Evangelischen Studierendengemeinde, Education Officer beim Kommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen, Direktorin einer tourismuskritischen NGO und Referentin für ein ökumenisches Stipendienprogramm des Diakonischen Werkes. Für die Partei Die Linke war sie eine Zeit lang Mitglied des Bundestages.